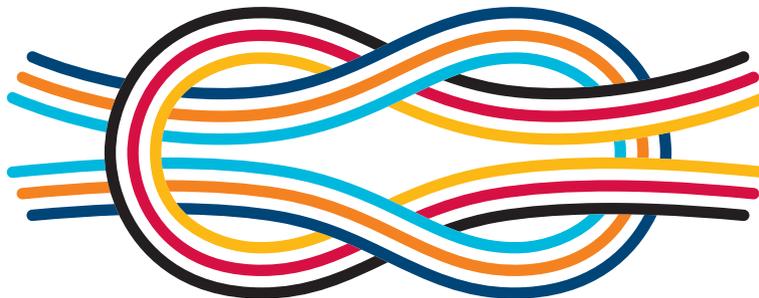




Die
Bundesregierung



G20 GERMANY 2017

HAMBURG

SHAPING AN INTERCONNECTED WORLD.
EINE VERNETZTE WELT GESTALTEN.

G20 GERMANY 2017
HAMBURG

Inhalt

Grußwort der Bundeskanzlerin	4
Grußwort des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg	8
Der lange Weg zum Gipfel – Die deutsche G20-Präsidentschaft, ein Meilenstein bei der Gestaltung einer vernetzten Welt	10
Mitglieder der G20	14
G20-Termine in Deutschland 2017	16
Impulse aus der Zivilgesellschaft	18
Science20-Dialogforum	20
Women20-Dialogforum	24
Business20-Dialogforum	28
Impressum	32

Liebe Gäste des G20-Gipfels, liebe Bürgerinnen und Bürger,



am 7. und 8. Juli 2017 blickt die Welt auf den G20-Gipfel in Hamburg. Dort treffen sich die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Ich freue mich sehr darauf, die Partner der G20 in meiner Geburtsstadt Hamburg willkommen zu heißen.

Die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern und zu gestalten ist gemeinsames Ziel der G20. Der Erfolg des Gipfels wird stark davon abhängen, was wir auf dem Weg dorthin erreichen.

Wohin entwickelt sich die Weltwirtschaft? Viele gegenwärtige Entwicklungen geben Anlass zur Sorge. Die Entwicklung der Weltwirtschaft bleibt hinter den Erwartungen zurück. Es lohnt, einen Blick auf die Anfänge der G20 und die globale Wirtschafts- und Finanzkrise vor rund zehn Jahren zu werfen. Die G20 hat in diesen Krisenzeiten ihre Stärke gezeigt. Auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir uns gemeinsam dafür ausgesprochen, dass Wettbewerb die Weltwirtschaft bestimmt und der Welt- handel offen bleibt. Die Staaten der G20 sind in diesen Krisenzeiten enger zusammengedrückt und haben gemeinsame Mechanismen

entwickelt. Sie haben sich nicht in Protektionismus geflüchtet. Die Erfahrungen der Krisen der 1930er Jahre waren eine Lehre. Darauf müssen wir uns besinnen.

Wir müssen uns im Kreis der G20-Partner fragen: Wie können wir dafür sorgen, dass alle profitieren? Wie können wir in Zukunft besser zum Wohle unserer Bürger zusammenarbeiten? Mit welchen Befürchtungen und Herausforderungen ist die Globalisierung verbunden und wie können wir ihnen begegnen? Wie können wir Inklusivität sicherstellen und erreichen, dass Früchte von Wohlstand und Wachstum fair verteilt werden?

Die G20 muss zeigen, dass sie zusammensteht. Wir sind wechselseitig voneinander abhängig, nicht nur wirtschaftlich und im Bereich der Finanzmärkte. Die G20 ist ein informelles Forum der Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit baut auf einem gemeinsamen Wertefundament auf. Sie gibt uns einen öffentlichkeitswirksamen Rahmen, fördert unseren gegenseitigen Austausch und bestärkt uns in gemeinsamen Prinzipien. Gemeinsam können wir mehr erreichen als alleine. Neben dem informellen Austausch sind starke internationale Organisationen unerlässlich. Dafür will ich mich in der G20 engagieren.

Neben der Stabilisierung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte gibt es zahlreiche globale Herausforderungen, die die G20 beschäftigen: geopolitische Konflikte, Terrorismus, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Hunger, der voranschreitende Klimawandel und Pandemien. Durch nationale Alleingänge, durch Abschottung und Protektionismus können diese Herausforderungen ganz sicher nicht gelöst werden. Es wird kein Zurück geben in eine Welt vor der Globalisierung.

Nur gemeinsam können wir unser Ziel in der G20 – ein starkes, ausgewogenes, nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum – voranbringen, indem wir wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unsicherheiten gemeinsam begegnen. Dadurch leistet die G20 einen starken Beitrag, die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft und nicht zuletzt unser aller Sicherheit zu stärken.

Betrachten wir die Digitalisierung. Sie unterstützt das Zusammenwachsen unserer Welt, Entfernungen werden durch den technischen Fortschritt geringer, Menschen treten in Kontakt wie nie zuvor. Gleichzeitig muss sich die G20 mit den Auswirkungen des technischen Fortschritts befassen. Nur auf diese Weise kann sie Potenziale bestmöglich ausschöpfen. Die G20 muss Rahmenbedingungen so gestalten, dass alle Menschen von den positiven Effekten dieser Entwicklungen profitieren können.

Die Digitalisierung unserer Welt ist nur ein Beispiel für ihre starke und zunehmende Vernetzung. Auch in unseren Bemühungen um eine wirksame Klimaschutzpolitik oder um ein globales Gesundheitskrisenmanagement kommen wir nur in enger Abstimmung miteinander voran.

Ich möchte dazu einen breiten zivilgesellschaftlichen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen führen. Ich habe Vertreter von Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Wissenschaft, Think Tanks sowie von Frauen und Jugendlichen eingeladen, Empfehlungen für die G20 zu erarbeiten. Diese Impulse aus der Zivilgesellschaft sind für die Beratungen der G20 wichtig. Die Zusammenarbeit der G20 ist mir sehr wichtig. Unsere Aufgabe ist, die vernetzte Welt gemeinsam zu gestalten. Deutschland wird sich dafür in diesem Jahr seiner Präsidentschaft mit aller Kraft einsetzen.



Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, liebe Gäste,



Ich freue mich, dass die Bundeskanzlerin die Freie und Hansestadt Hamburg als Ort für den ersten G20-Gipfel in Deutschland gewählt hat.

Der Gedanke, dass sich die Staats- und Regierungschefs wichtiger Länder informell zusammenfinden und miteinander die drängendsten Weltprobleme diskutieren, stammt von einem Hamburger: dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der G20-Gipfel ist die logische Weiterentwicklung seiner Idee ins 21. Jahrhundert: Hier kommen nicht nur die Industriestaaten zusammen, sondern auch die wichtigsten Schwellenländer beteiligen sich. Themen gibt es genug: Die gerechte Gestaltung der Globalisierung, die Beendigung der bewaffneten Konflikte, Flucht und Migration oder der Klimawandel fordern ein gemeinsames Vorgehen aller Staaten.

Hamburg ist ein guter Ort, diese Gespräche zu führen. Schon in der Präambel unserer Landesverfassung heißt es: „Hamburg will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“ Nicht nur dank dem Hafen, der mitten in der Stadt

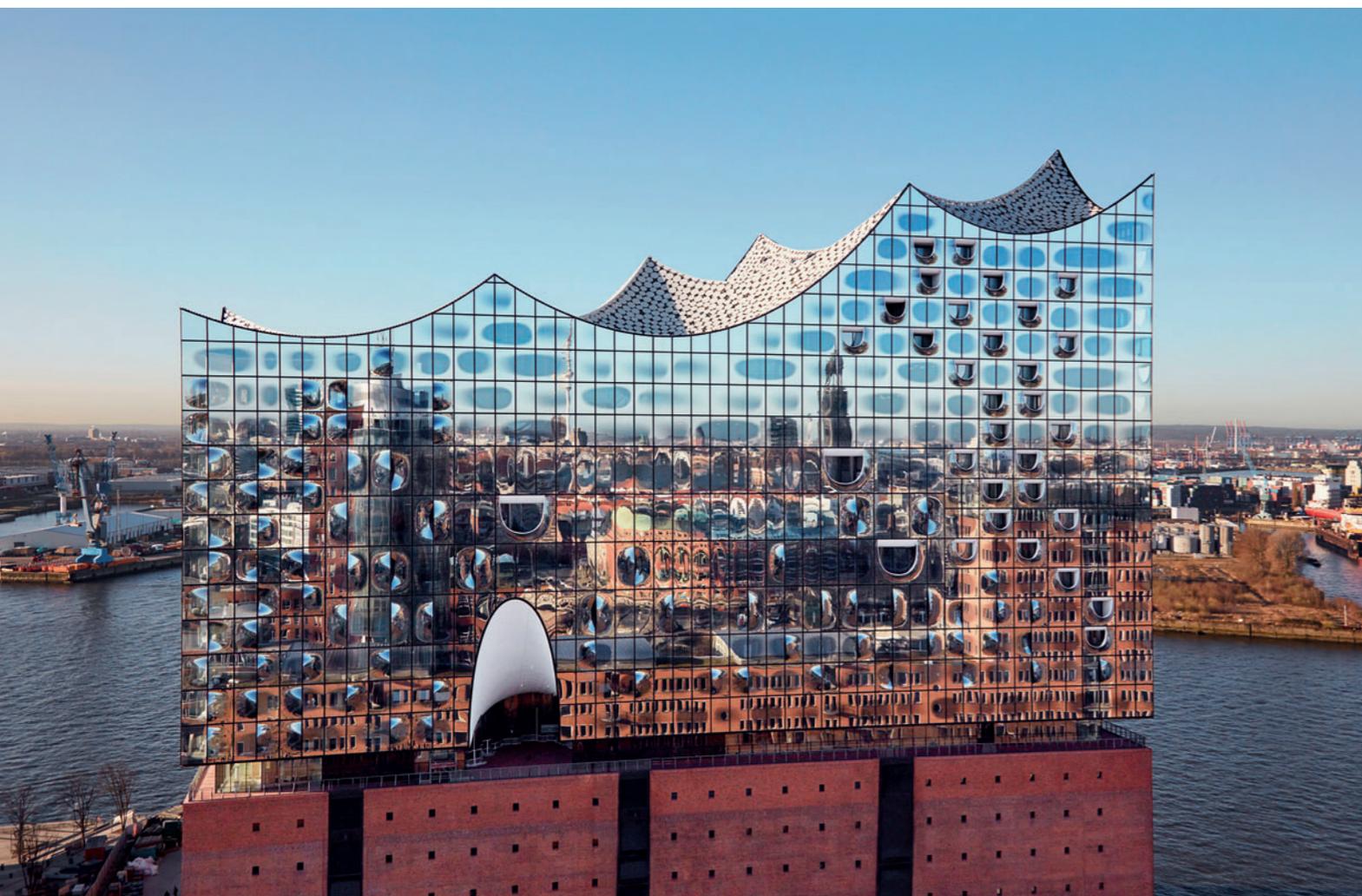
liegt, verfügt Hamburg seit Jahrhunderten über gute Beziehungen in alle Welt und gilt zu Recht als weltoffene und internationale Stadt. Hamburg ist ein wirtschaftliches Kraftzentrum – und eine Hoffnungstadt für viele Menschen aus dem In- und Ausland. Die Stadt gehört zu den bekanntesten Reisezielen Deutschlands. Die besondere Atmosphäre der Metropole am Wasser zieht jährlich mehr als sechs Millionen Besucherinnen und Besucher an. Neues Wahrzeichen ist die Elbphilharmonie – eines der faszinierendsten Konzerthäuser der Welt, direkt am Fluss Elbe gelegen. In direkter Nachbarschaft zum Weltkulturerbe: der Speicherstadt und dem Kontorhausviertel.

Ich lade Sie herzlich ein, Hamburg in all seiner Kreativität und Vielschichtigkeit für sich zu entdecken.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Olaf Scholz'. The signature is fluid and stylized, with a long horizontal stroke at the end.

*Olaf Scholz, Erster Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg*

Der lange Weg zum Gipfel



Die deutsche G20-Präsidentschaft, ein Meilenstein bei der Gestaltung einer vernetzten Welt

Mit der Elbphilharmonie kann sich die Stadt Hamburg mit einem neuen, weithin sichtbaren Wahrzeichen schmücken. Vor dieser neuen Kulisse werden am 7. und 8. Juli 2017 die Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20“ (G20) auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammenkommen, um globale Herausforderungen unserer Zeit zu beraten. Nach der erfolgreichen G7-Präsidentschaft im Jahr 2015, mit dem Gipfel im bayerischen Schloss Elmau, sind die Blicke der Welt erneut auf Deutschland gerichtet. Entscheidungen zum Vorsitz der G20 werden innerhalb der Gruppe stets im Konsens getroffen. Die Frage des Gipfelortes hingegen wird innerhalb des Landes der Präsidentschaft entschieden. Obgleich diese Wahl immer auch Symbolkraft hat, ist sie doch sehr stark auch von logistischen Anforderungen international üblicher Standards geprägt. Hierzu zählen insbesondere Fragen des Protokolls und der Sicherheit, aber auch die Gewährleistung optimaler Arbeitsbedingungen für Presse und Medien. Alle diese Aspekte bedürfen einer intensiven und längeren Vorlaufzeit auf dem langen Weg zum Gipfel.

Wie kaum ein anderer Standort ist Hamburg, die Handelsmetropole im Norden Deutschlands, den logistischen Anforderungen eines internationalen Großereignisses wie dem G20-Gipfel gewachsen. Hamburg steht als Hafen- und Hansestadt mit seinen Menschen in der Tradition von Weltoffenheit und Toleranz – Eigenschaften, die im globalen Miteinander der Staaten von unersetzlichem Wert sind. Gleichzeitig stellt ein Treffen von Staats- und Regierungschefs dieser Dimension eine Region und seine Bürger vor gewaltige Herausforderungen und kann nur im Einvernehmen mit den Menschen und den von ihnen gewählten Verantwortlichen durchgeführt werden. Unter diesen Vorzeichen erfolgte die Auswahl der Stadt Hamburg als G20-Gipfelort auf der Grundlage

einer Entscheidung der Bundeskanzlerin in Abstimmung mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt, Olaf Scholz.

Für Deutschland bietet sich mit dem engen Aufeinanderfolgen von G7-Präsidentschaft im Jahr 2015 und dem G20-Gipfel im Jahr 2017 eine gute Gelegenheit, die globale Regierungsführung in einer immer stärker vernetzten Welt nachhaltig zu prägen.

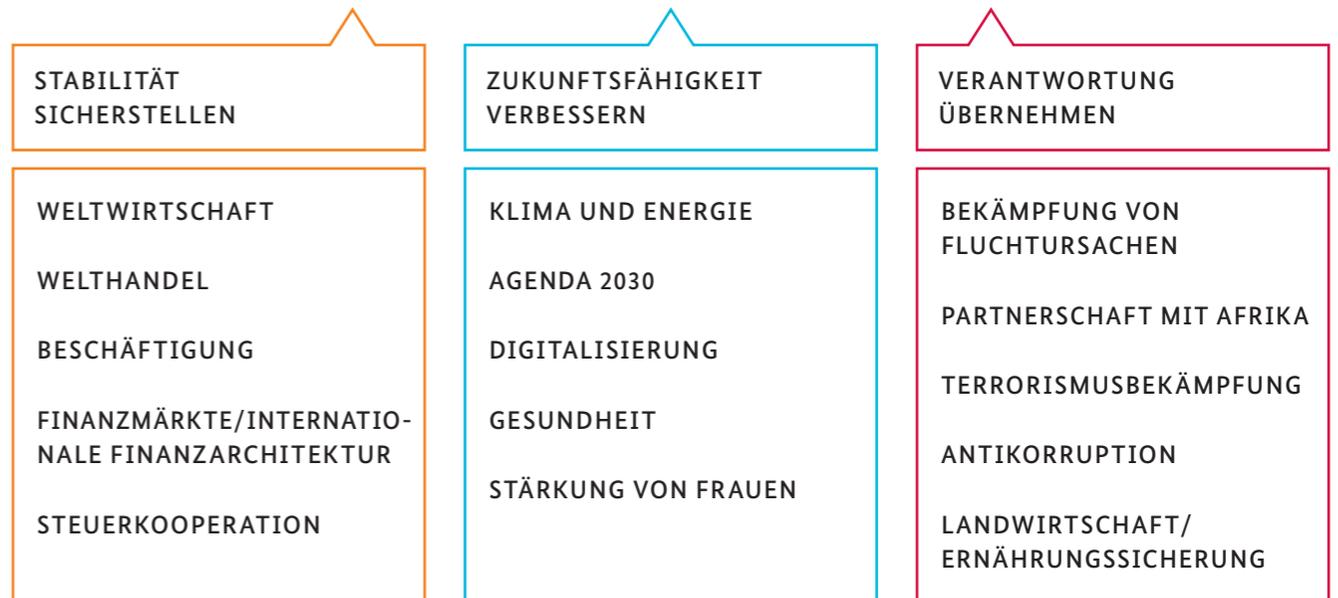
Obgleich hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, haben beide Formate, G7 und G20, doch auch vieles gemeinsam: Beide Foren haben ihre Wurzeln in Finanz- und Wirtschaftsfragen; waren es die wirtschaftlichen Verwerfungen der 70er Jahre, die auf Initiative von Frankreich und Deutschland den Grundstein der G7 legten, so gingen von der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 wichtige Impulse für die Arbeit der G20, also unter Einbeziehung führender Schwellenländer wie z. B. China und Indien, aus. Beide Formate wollten dabei bewusst auch informelle Gesprächsmöglichkeiten für die Staats- und Regierungschefs schaffen. Beide Formate sind im Laufe der Jahre den ihnen ursprünglich zugeordneten Dimensionen entwachsen: Die Themenpalette ist jeweils breiter geworden, weil erkannt wurde, dass isolierte finanz- oder wirtschaftspolitische Entscheidungen zu kurz greifen. Und auch der organisatorische Rahmen ist mit der Einbindung weiterer Partner, wie den internationalen Organisationen und zusätzlichen Gastländern, angestiegen. Auch wenn ihre Beschlüsse keine völkerrechtliche Verbindlichkeit entfalten, können Beschlüsse sowohl der G7- als auch G20-Gipfel Meilensteine auf dem Weg zur Allgemeingültigkeit sein, indem sie starken politischen

Druck in die Teilnehmerländer hinein und auf andere Staaten entfalten.

Das Treffen in Hamburg wird der zwölfte G20-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sein. Zusätzlich und unterstützend finden im Verlauf der deutschen Präsidentschaft neben den traditionellen Treffen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure auch andere Fachministertreffen im G20-Format statt. So werden die Außen-, Agrar- und Arbeitsminister und erstmals auch die Gesundheitsminister sowie die Wirtschaftsminister mit ausschließlichem Fokus auf drängende Fragen der Digitalisierung an unterschiedlichen Orten in Deutschland zusammenkommen.

Für Bundeskanzlerin Merkel bleibt besonders wichtig, sich zu den Themen der Präsidentschaft auch mit der Zivilgesellschaft auszutauschen. Ohne staatliche Einflussnahme und Lenkung werden diese Dialogprozesse eigenverantwortlich durch die Zivilgesellschaft organisiert. Die Bundeskanzlerin wird im Verlauf der deutschen G20-Präsidentschaft an Dialogforen mit Frauen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Jugendlichen aus Deutschland und den G20-Partnerländern teilnehmen und sich den Empfehlungen und Fragen der Zivilgesellschaft stellen. Ein besonderer Wert dieser Begegnung besteht bereits im Gespräch und in der Diskussion selbst, auch bei kontroversen Ansichten. Die Zivilgesellschaft ist damit auch ein wichtiger Impulsgeber der Treffen der Staats- und Regierungschefs. Mit der Teilhabe der Zivilgesellschaft an der globalen Regierungsführung wächst das Verständnis für deren Entscheidungen. Auch dies trägt dazu bei, dass der G20-Gipfel von den Menschen

Themen des G20-Gipfels



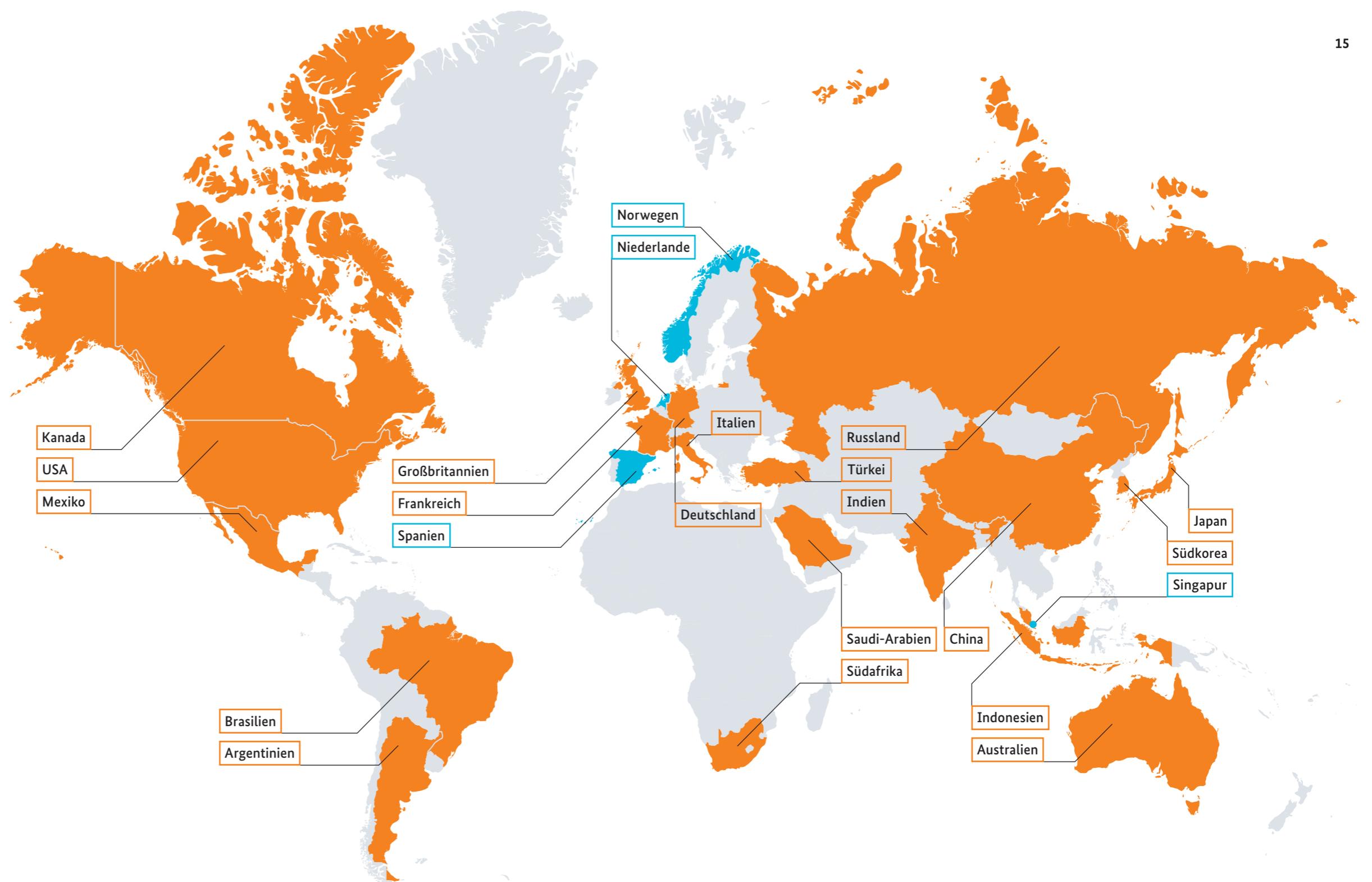
als Meilenstein bei der Gestaltung unserer immer stärker vernetzten Welt wahrgenommen wird.

Hinter den Kulissen und ganzjährig treiben die Sherpas die Themen der G20-Agenda inhaltlich voran. Die Bezeichnung Sherpa nimmt Bezug auf die Lastenträger, die im Himalaya als unverzichtbare Helfer die Ersteigung der Gipfel unterstützen. In Deutschland ist diese Funktion im Bundeskanzleramt unter Leitung des persönlichen Beauftragten der Bundeskanzlerin für die G7-/G20-Gipfel und wirtschafts- und finanzpolitischen Beraters,

Prof. Lars Hendrik Röller, angesiedelt. Mit seinem Arbeitsstab koordiniert und erarbeitet der Sherpa sämtliche deutsche Positionen in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Ressorts. Im Sherpa-Stab laufen die Arbeitsfäden mit den nationalen und internationalen Gesprächspartnern zusammen. Insbesondere während der Präsidentschaft und zur Vorbereitung der Gipfel kommt es zudem auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Sprecher der Bundesregierung und mit dem Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt sowie mit den Verantwortlichen der Stadt Hamburg zur Gewährleistung des Schutzes der ausländischen Gäste an.

Mitglieder der G20

- G20-LÄNDER
(AUSSERDEM EU)
- GASTLÄNDER



G20-Termine in Deutschland 2017

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI
<p>22. BERLIN Agrarminister</p>	<p>16.–17. BONN Außenminister</p>	<p>17.–18. BADEN-BADEN Finanzminister und Zentralbank- gouverneure</p> <p>22. HALLE (SAALE) Dialogforum Wissenschaft (Science20)</p>	<p>6.–7. DÜSSELDORF Digitalminister</p> <p>26. BERLIN Dialogforum Frauen (Women20)</p>	<p>3. BERLIN Dialogforum Wirtschaft (Business20)</p> <p>17. BERLIN Dialogforum Gewerkschaften (Labour20)</p> <p>18.–19. BAD NEUENAHN Arbeitsminister</p>	<p>19.–20. BERLIN Gesundheits- minister</p> <p>30. BERLIN Dialogforum Think Tanks (Think20)</p> <p>7. BERLIN Dialogforum Jugend (Youth20)</p> <p>12.–13. BERLIN Konferenz „Partnership with Africa“</p> <p>19. HAMBURG Dialogforum Nichtregierungs- organisationen (Civil20)</p>	<p>7.–8. HAMBURG G20-Gipfel</p>

Impulse aus der Zivilgesellschaft



Wenn die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten im Juli 2017 in Hamburg zusammenkommen, sind dem lange und intensive Konsultationen vorausgegangen. Sie werden unter deutscher Präsidentschaft seit Dezember 2016 auf Regierungsebene und dort insbesondere von den G20-Sherpas geführt. Wie auch im G7-Prozess sind Vertreter der Zivilgesellschaft in diese G20-Konsultationen eingebunden. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft umfasst unter deutschem Vorsitz insgesamt sieben Dialogstränge mit Nichtregierungsorganisationen (Civil20), der Wirtschaft (Business20), den Gewerkschaften (Labour20), den Wissenschaften (Science20 und Think20) sowie mit Frauen (Women20) und Jugendlichen (Youth20). Ohne staatliche Einflussnahme und Lenkung werden diese Dialogprozesse eigenverantwortlich durch die Zivilgesellschaft organisiert. Die Dialogprozesse münden jeweils in Dialogforen mit der G20. Bundeskanzlerin Merkel wird sich persönlich an vielen dieser Dialogforen beteiligen und mit Vertreterinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft diskutieren.

Die vorliegende Broschüre knüpft an die Idee an, die Zivilgesellschaft möglichst eng in die Prozesse der globalen Regierungsführung einzubinden. Die Partner im Dialog mit der Zivilgesellschaft sind eingeladen die drängenden Herausforderungen unserer Zeit entlang der aktuellen G20-Agenda zu reflektieren und dabei ihren Beitrag zum Motto der Präsidentschaft „Eine vernetzte Welt gestalten“ zu leisten.

Science20-Dialogforum



Wissenschaft ist für die Bewältigung globaler Herausforderungen von zentraler Bedeutung. So trägt die Wissenschaft einerseits selbst aktiv zur gesellschaftlichen Entwicklung bei. Andererseits analysiert und bewertet sie Problemstellungen, die sich in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ergeben, und zeigt Optionen für den Umgang mit diesen auf. Damit ermöglicht die Wissenschaft, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage verlässlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden können. So kann regionalen Entwicklungen bis hin zu globalen Megatrends effektiv und nachhaltig begegnet werden.

Die Leopoldina ist als Nationale Akademie die Stimme der deutschen Wissenschaft nicht nur im internationalen Dialog, sondern auch in der globalen wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Öffentlichkeit. Sie fördert die internationale Kooperation exzellenter Wissenschaft, sie bemüht sich, die Sichtbarkeit deutscher Spitzenforschung im Ausland zu erhöhen, und treibt die wissenschaftsbasierte Beratung auf bi- und multilateraler Ebene im internationalen Kontext voran. Sie pflegt enge und freundschaftliche Beziehungen zu Wissenschaftsakademien auf allen Kontinenten und engagiert sich gemeinsam mit ihren Partnern aktiv in der internationalen wissenschaftsbasierten Politikberatung. So berät sie die jährlichen Gipfeltreffen der G7-Staats- und -Regierungschefs gemeinsam mit den Wissenschaftsakademien der G7-Staaten.

Während der G20-Präsidentschaft führt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft. Zum ersten Mal wird sich dabei auch die Wissenschaft in einem eigens dafür neu etablierten Dialogforum „Science20“ aktiv einbringen. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina bindet dabei ihre Partnerakademien in den G20-Staaten in diese Politikberatungsinitiative ein. Die so gebündelte internationale wissenschaftliche Expertise bringt sie in den konkreten politischen Verständigungsprozess ein. Unter Federführung der Leopoldina haben die nationalen Akademien der

G20-Staaten als „Science20“ Empfehlungen zu einer verbesserten globalen Gesundheitsversorgung erarbeitet. Mit ihrer gesundheitspolitisch orientierten Stellungnahme greifen sie damit einen wichtigen Schwerpunkt des G20-Gipfels in Hamburg auf.

Die Akademien stellen Strategien und Instrumente zur Bekämpfung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten vor, denn beide bedrohen nicht nur die Gesundheit von einzelnen Menschen, sondern sind eine immense Belastung für die öffentlichen Gesundheitssysteme. Krankheitsbedingte Ausfälle oder gar Todesfälle in Folge von Infektionskrankheiten und zunehmend auch von nicht-infektiösen Erkrankungen beeinträchtigen Wachstum und Entwicklungschancen einzelner Länder. Weltweit mindern sie die Produktivität und haben damit erhebliche negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung. Sie können eine Gefahr für die soziale und politische Stabilität ganzer Regionen darstellen. Ebola- und Zika-Ausbrüche haben gezeigt, wie sich in einer vernetzten Welt gefährliche Infektionskrankheiten innerhalb kurzer Zeit von lokalen Ereignissen zu globalen Krisen ausweiten können. Krankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen stellen nicht nur die Industriestaaten, sondern zunehmend auch Schwellen- und Entwicklungsländer vor immense Herausforderungen. Der Aufbau effektiver Gesundheitssysteme und die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung zählen daher zu den dringlichsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts.

Die nationalen Wissenschaftsakademien rufen die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten auf, die öffentliche Gesundheitsversorgung zu stärken und dabei den Einfluss sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren auf die Gesundheit zu berücksichtigen. Nur durch abgestimmte gesundheitspolitische Weichenstellungen auf nationaler und globaler Ebene kann der zunehmenden Gefahr durch übertragbare und nichtübertragbare Krankheiten entgegengetreten werden.

» Krankheitsbedingte Ausfälle oder gar Todesfälle [...] beeinträchtigen nicht nur Wachstum und Entwicklungschancen einzelner Länder. Weltweit mindern sie die Produktivität und haben damit erhebliche negative Auswirkungen auf die globale Wirtschaftsleistung. Sie können eine Gefahr für die soziale und politische Stabilität ganzer Regionen darstellen.«



Vor diesem Hintergrund zeigen die Akademien dringenden Handlungsbedarf in folgenden Bereichen auf:

Verlässliche und resiliente Gesundheitssysteme sollten weltweit etabliert werden. Diese müssen die Erfassung und Bewertung von Krankheiten leisten und effektive Behandlungs- und Präventionsmaßnahmen gewährleisten. Sie sollten darüber hinaus allen einen ungehinderten Zugang zu einer umfassenden Erstversorgung garantieren. Dazu zählt auch die Durchführung von Impfungen mit qualitativ hochwertigen Impfstoffen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der wissenschaftlich nachgewiesene Zusammenhang von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten. Mindestens 15 % der jährlich neuauftretenden Krebserkrankungen weltweit – 2015 waren dies 17,5 Millionen – können auf Infektionskrankheiten zurückgeführt werden. Eine präventive Impfung gegen Viren mit tumorauslösenden Eigenschaften oder eine Behandlung mit antimikrobiellen Wirkstoffen sind

die wirksamsten Maßnahmen zur Vermeidung bestimmter Krebserkrankungen. Umgekehrt erhöhen chronische Erkrankungen das Risiko für bestimmte Infektionskrankheiten: 15 % aller Fälle von Tuberkulose stehen zum Beispiel in Zusammenhang mit Typ-2-Diabetes.

Die Politik muss die sozialen, ökologischen und ökonomischen Determinanten von Gesundheit weltweit adressieren. Die Bekämpfung von Armut, Hunger und Umweltverschmutzung, die Sicherstellung von Hygienestandards sowie der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sind essenzielle Voraussetzungen für Gesundheit. Hinzu kommt die frühzeitige und kontinuierliche Aufklärung über Risikofaktoren wie eine ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel oder den Konsum von Zigaretten, Drogen oder Alkohol und deren gesundheitliche Folgen. Auch regulatorische und fiskalische Maßnahmen sind geeignet, von staatlicher Seite Anreize für ein gesundheitsförderliches Verhalten zu setzen.

Strategische gesundheitspolitische Instrumente beinhalten die Sicherstellung des weltweiten Zugangs zu Diagnostika, Medizintechnik und therapeutischen Medikamenten ebenso wie zu qualitativ hochwertigen Impfstoffen. Dabei gilt es, aufgrund nachgewiesener Vorteile Vertrauen in die Sicherheit von Schutzimpfungen zu fördern. Der zunehmenden Resistenzentwicklung gegen Antibiotika ist weiter entschlossen entgegenzuwirken.

Eine kohärente Handlungsstrategie zu einer besseren globalen Überwachung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten erfordert die Stärkung der Gesundheitsberichterstattung und die Verbesserung von Laborkapazitäten sowie eine gezielte und systematische Datenanalyse („Data-Mining“) und die Ausweitung des internationalen

Datenaustauschs. Wirksame Interventionsmechanismen zur Krankheitsbekämpfung bedürfen eines ganzheitlichen „One Health“-Ansatzes, der die systemischen Zusammenhänge von Mensch, Tier, Umwelt und Gesundheit anerkennt.

Die Wissenschaft wird auch weiterhin die Ursachen und Wirkungszusammenhänge von übertragbaren und nichtübertragbaren Krankheiten erforschen. Wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse ermöglichen wirksamere Maßnahmen zur Prävention und Krankheitsbekämpfung sowie effektivere medizinische Interventionen. Die Förderung von Grundlagenforschung und angewandter Wissenschaft bleibt hierfür essenziell – sodass eine vernetzte Welt gleichzeitig auch eine gesunde Welt ist.

PROF. DR. JÖRG HACKER
Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Women20-Dialogforum



Die G20-Staaten verfolgen ein ehrgeiziges Ziel: Wirtschaft und Gesellschaft weltweit krisenfest und zukunftsfähig zu machen und durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum mehr Wohlstand für die Menschen zu schaffen. Einer der wichtigsten Treiber dafür ist die wirtschaftliche Stärkung von Frauen, darin ist sich die internationale wirtschaftswissenschaftliche Expertise einig. Hier gilt es gewaltiges Potenzial zu heben, denn Frauen sind bislang – auch in den G20-Staaten – noch weit von einer gleichberechtigten wirtschaftlichen Teilhabe entfernt.

Frauen sind in wesentlich geringerem Umfang erwerbstätig und leisten den deutlich größeren Anteil an unbezahlter Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Frauen sind zudem viel seltener in Führungspositionen der Wirtschaft vertreten und weniger häufig unternehmerisch tätig als Männer. Sie führen meist kleinere Unternehmen und verfügen über schlechtere Zugänge zu Kapital- und Kreditangeboten. In einigen Ländern sind Frauen darüber hinaus noch immer mit rechtlichen und kulturellen Barrieren einer gleichberechtigten wirtschaftlichen Teilhabe konfrontiert.

Die Stärkung von Frauen ist somit ein notwendiges Querschnittsthema und ein wichtiges Zukunftsfeld der G20. Das haben die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der G20-Mitgliedstaaten erkannt. Auf ihrem Gipfel im australischen Brisbane 2014 haben sie nicht nur vereinbart, die Lücke in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen zu verringern, sondern zugleich mit der Women20 eine Dialoggruppe ins Leben gerufen, die sich ausdrücklich der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen widmet.

Der Deutsche Frauenrat und der Verband deutscher Unternehmerinnen führen den diesjährigen internationalen Dialogprozess der Women20. Der Deutsche Frauenrat (DF) ist als Dachverband von über 50 bundesweit aktiven Frauenorganisationen die größte frauenpolitische Interessenvertretung in Deutschland. Der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) ist ein branchenübergreifender



Wirtschaftsverband, der seit über sechzig Jahren die Interessen unternehmerisch tätiger Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vertritt.

Die Erwartungen der Delegierten von Women20 an die deutsche G20-Präsidentschaft sind hoch: Die G20 soll sich zu konkreten und wirkungsvollen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung der Frauen verpflichten. Aus der Vielzahl von Themen, die zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern beitragen, konzentriert sich die W20 2017 auf folgende vier Themen:

- Inklusion auf dem Arbeitsmarkt: Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie des Stellenwerts von traditionell von Frauen ausgeführten Tätigkeiten
- Finanzielle Inklusion: Die Förderung von weiblichem Unternehmertum sowie Zugang zu Kapital für Frauen
- Digitale Inklusion: Überwindung der geschlechtsspezifischen Kluft im digitalen Bereich
- Stärkung der W20: Wirtschaftliche Stärkung von Frauen als Kernthema der G20-Prozesse verankern

Das informelle Forum der G20 ist ein wichtiger Ort internationaler politischer Meinungsbildung; ein Forum, das maßgeblich zu der Implementierung ambitionierter Ziele wie der UN-Agenda 2030 beitragen kann, die die Gleichstellung von Männern und Frauen längst als zentrales Ziel vorgibt. Entsprechend divers arbeitet auch der Women20-Dialogprozess, um in einer Vielzahl von Dialogen (online oder offline) mit Vertreterinnen internationaler Nichtregierungsorganisationen von Frauen (NGOs), mit Unternehmerinnenverbänden, Vorstandsfrauen und Thinktanks die aktuellen Herausforderungen zu thematisieren, zu priorisieren und Forderungen abzustimmen. Parallel zu diesen Dialogen bringt die W20 ihre Empfehlungen auch direkt in die G20-Verhandlungen ein, indem sie an Treffen auf Ministerebene und an Arbeitsgruppen der Regierungsbeamten teilnimmt. Ebenso wichtig ist der enge Austausch mit anderen zivilen G20-Dialoggruppen, aber auch in globalen Foren wie der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen oder dem direkten Dialog mit Parlamentarierinnen der G20.

Women20 als eigenständigen zivilgesellschaftlichen Dialogprozess innerhalb der G20 gibt es erst im dritten Jahr. W20 Germany konnte in diesem Jahr an grundlegende Vorarbeiten der türkischen (2015) sowie der chinesischen (2016) G20-Präsidentschaft anknüpfen. Die diesjährigen Organisatorinnen bauen nicht nur auf dem Fundament ihrer Vorgängerinnen auf, sondern wollen zugleich den Prozess weitertragen und pflegen darum enge Kontakte zu Partnerinstitutionen in Argentinien, das im nächsten Jahr die G20-Präsidentschaft übernehmen wird. Auf diese

»Wir setzen darauf, dass die G20 endlich eine durchgängige Genderperspektive verfolgt – mit verbindlichen und messbaren Zielen. Unter deutschem Vorsitz muss die G20 hier neue Maßstäbe setzen.«

MONA KÜPPERS

»Frauen sind das wichtigste Wachstumspotenzial der Wirtschaft: als Beschäftigte, als Managerin, als Unternehmerin, als Gründerin. Dieses Potenzial zu heben, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe der G20.«

STEPHANIE BSCHORR

Weise soll nicht nur die inhaltliche, sondern auch die prozessuale Kontinuität sichergestellt werden. Ein weiteres zentrales Anliegen der diesjährigen Women20 ist der Aufbau eines dauerhaften W20-Netzwerks. Das große Engagement der vielen Frauenorganisationen in allen G20-Staaten soll dahingehend genutzt werden, die gemeinsam beschlossenen Forderungen zielgerichtet direkt in die G20-Verhandlungen einzubringen und ebenso in den G20-Mitgliedstaaten kontinuierlich und nachdrücklich auf ihre Umsetzung zu drängen. Das Ziel ist, einen nachhaltigen Prozess aufzubauen, der langfristig fortwirkt und der Sache der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen einen kräftigen Schub verleiht – dazu will W20 Germany engagiert beitragen.

Es ist notwendig und richtig, dass die G20-Staaten die wirtschaftliche Stärkung von Frauen zu einem Kernthema ihrer Agenda machen. Women20 begrüßt ausdrücklich, dass die deutsche Präsidentschaft dies unter der Überschrift „Zukunftsfähigkeit verbessern“ benannt und zu einem Schwerpunktthema beim diesjährigen G20-Gipfel erklärt hat. Die Hälfte der Menschheit ist weiblich und damit von allen Entwicklungen in der Welt mindestens ebenso betroffen wie Männer. Die Stärkung von Frauen ist somit ein zentrales Querschnittsthema – und die G20 braucht dringend eine durchgängige Gender-Perspektive in allen ihren Analysen, Arbeitsgruppen und Prozessen.

MONA KÜPPERS

Vorsitzende des Deutschen Frauenrats

STEPHANIE BSCHORR

Präsidentin Verband deutscher Unternehmerinnen

Business20-Dialogforum



Als die Vorbereitungen für die deutsche G20-Präsidentschaft 2015 begannen, war nicht absehbar, welche Bedeutung dem „zentralen Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ heute zukommen würde. Sicher, die Gruppe der 20 war schon immer wichtig. Aber das britische EU-Referendum, der Ausgang der Wahlen in den USA und die fortbestehenden Verstöße gegen die Grundsätze des Völkerrechts – auch durch G20-Mitglieder – erschüttern die Grundfesten der internationalen Staatengemeinschaft und des effektiven Multilateralismus. All dies kommt noch zu den „alltäglichen“ Themen hinzu, für die dringend eine internationale Zusammenarbeit erforderlich ist: von Klimaschutz über Finanzmarktstabilität und nachhaltige Entwicklung bis hin zu Investitionen in die Infrastruktur und dem Thema globales Gesundheitswesen. Widerstände gegen nachhaltigkeitsfördernde Handelsabkommen wie CETA oder auch die Infragestellung der Bedeutung der WTO bezeugen, dass wir nicht nur mit einer zunehmenden Globalisierungsverdrossenheit konfrontiert sind, sondern auch mit Skepsis hinsichtlich der Gestaltung der Globalisierung. Es ist jedoch illusorisch zu glauben, dass wir ohne internationale Zusammenarbeit die großen Herausforderungen meistern oder die bestehenden Chancen in vollem Umfang nutzen können.

Die internationale Wirtschaftsgemeinschaft ist fest davon überzeugt, dass die Globalisierung von Vorteil ist. Doch es sind gemeinsame Regeln, Institutionen und Zusammenarbeit notwendig, um die Globalisierung zu gestalten und um zu gewährleisten, dass jeder von ihren Möglichkeiten profitieren kann. Deshalb stehen die Themen Widerstandsfähigkeit, Verantwortung und Reaktionsfähigkeit im Mittelpunkt unserer B20-Präsidentschaft. Diese Themen sind entscheidend, um sicherzustellen, dass das Wachstum nicht nur dynamisch verläuft, sondern auch integrativ und nachhaltig ist.

Die Welt ist unsicherer geworden. Gleichzeitig steht die Politik weltweit vor drängenden Herausforderungen wie dem Klimawandel, hohen Arbeitslosen-

zahlen oder durch Sicherheitsrisiken. Darüber hinaus muss die Weltwirtschaft mit immer schnelleren Veränderungen durch Digitalisierung, Globalisierung und die daraus resultierende Vernetzung Schritt halten. Kurz gesagt: Die Herausforderungen sind vielfältig, komplex und zahlreich. Die globalen Rahmenbedingungen sind unsicher, unvorhersehbar und außergewöhnlich.

Widerstandsfähigkeit geht über den Finanzbereich hinaus. Cybersicherheit, Zugang zu Energie und Vernetzung der Infrastruktur sind nur einige Beispiele dafür, was die Grundlage für Widerstandsfähigkeit bildet. Wirkliche Widerstandsfähigkeit kann nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. Wir profitieren von Vernetzung, Offenheit und der Mobilität von Kapital und Menschen. Herangehensweisen zur Bewältigung oder Absicherung von Risiken müssen abgestimmt werden. Durch isolierte einzelstaatliche Maßnahmen riskieren wir Zersplitterung und Instabilität.

Wir brauchen reaktionsfähige und verantwortungsbewusste Führungspersönlichkeiten. Politiker, Unternehmer und Akteure aus der Zivilgesellschaft müssen den Menschen genau zuhören und das, was sie sagen, berücksichtigen. Das gilt auch in Bezug auf globalisierungskritische Einstellungen. Auch wenn die zunehmende Vernetzung durch Güter-, Dienstleistungs-, Personen-, Kapital- und Informationsströme erheblich zu Wohlstand und Wohlergehen beiträgt, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass strukturelle Veränderungen von Produktion und Nachfrage zu

»Gemeinsame Regeln, Institutionen und Zusammenarbeit sind notwendig, um die Ergebnisse der Globalisierung zu gestalten und um zu gewährleisten, dass jeder von ihren Möglichkeiten profitieren kann. Deshalb stehen die Themen Widerstandsfähigkeit, Verantwortung und Reaktionsfähigkeit im Mittelpunkt der B20.«



Arbeitsplatzverlusten führen kann. Führungskompetenz bedeutet, diesen Bedenken Rechnung zu tragen und sie in zukünftige politische Maßnahmen einzubeziehen – auch auf Ebene der G20. Dies könnte eine stärkere Berücksichtigung von KMU und Entwicklungsländern im Bereich der Handelspolitik bedeuten, zum Beispiel durch die Förderung der Fähigkeiten zum digitalen Handel und die Weiterentwicklung seiner Regeln. Reaktionsfähigkeit bedeutet auch, dass auf einzelstaatlicher Ebene sowohl die Regierung als auch Unternehmen ihre Bemühungen zur Unterstützung von Qualifizierungs- und Anpassungsmaßnahmen verstärken müssen. Globalisierung und Digitalisierung werden kontinuierlich zu einem Wandel der Kompetenzanforderungen führen. Deshalb sollten Konzepte für lebenslanges Lernen, die berufliche Weiterentwicklung und die Möglichkeit zu Umschulungen im Mittelpunkt von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik stehen.

Die internationale Wirtschaftsgemeinschaft ist bereit, die Regierungen bei der Stärkung von Widerstandsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit zu unterstützen und gleichzeitig ihren eigenen Verpflichtungen nachzukommen. Überall auf

der Welt sind Unternehmen wichtige Wegbereiter, Steuerzahler, Arbeitgeber und Ausbilder. Von technischen Entwicklungen zur Reduzierung der Luftverschmutzung über lebenslanges Lernen bis hin zu verantwortungsvollem unternehmerischen Verhalten: Unternehmen sind zentrale Akteure, wenn es darum geht, Teilhabe und Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Es bleibt jedoch weiterhin Aufgabe der gewählten Regierungen, Maßnahmen umzusetzen und förderliche Rahmenbedingungen und Regeln zu schaffen.

Aufgabe der B20 ist es, die G20 durch eine gemeinsame Interessensvertretung, gebündeltes Fachwissen und konkrete Empfehlungen für politische Maßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus fördert die B20 den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf internationaler Ebene. Am 4. September 2016 haben die führenden deutschen Unternehmensverbände, der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) im Auftrag des Bundeskanzleramts die B20-Präsidentschaft übernommen. Die über 700 Mitglieder der B20 – Vertreter von Unternehmen und Unternehmensverbänden aus allen G20-Staaten und allen Sektoren – haben seitdem intensiv gemeinsam daran gearbeitet, Lösungen für die genannten globalen Herausforderungen zu entwickeln.

Die Gruppe der G20 bietet ein ausgezeichnetes Forum, um auf eine wirksame Koordinierung hinzuarbeiten, kollektive Maßnahmen zu erarbeiten und gemeinsame Standards festzulegen. Sie hat sich als Krisenmanager bewährt. Jetzt muss sie ein zentraler Akteur für eine zukunftsorientierte globale Ordnungspolitik werden. In Zeiten zunehmender Unsicherheit wird eines immer sicherer: Niemals zuvor war internationale Zusammenarbeit so wichtig.

DR. JÜRGEN HERAEUS

Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Holding GmbH

HERAUSGEBER

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
11044 Berlin

STAND

April 2017

GESTALTUNG

Scholz & Friends Berlin GmbH
10178 Berlin

BILDNACHWEIS

S. 4: Bundesregierung/Kugler
S. 8: Florian Jaenicke
S. 10: www.mediaserver.hamburg.de/Maxim Schulz
S. 18: Bundesregierung/Denzel
S. 22: Getty Images/istock/DragonImages
S. 25: Getty Images/istock/michaeljung
S. 30: Getty Images/istock/skynesher

WEITERE INFORMATIONEN

www.g20germany.de

www.g20germany.de